



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN
PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

P R E S S E M I T T E I L U N G

EAK und AGDF: Friedensbildung für Kinder und Jugendliche stärken

Die evangelischen Friedensverbände Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) haben die Werbung der Bundeswehr bei Kindern und Jugendlichen erneut scharf kritisiert und stattdessen eine Stärkung der friedenspolitischen Bildung in den Schulen gefordert. In einer gemeinsamen Erklärung wiesen die beiden Verbände anlässlich des Beginns des neuen Schuljahrs darauf hin, dass Frieden explizit Bestandteil des Schulunterrichts sein müsse.

Die aktuellen kriegerischen Konflikte überall in der Welt würden auch Schülerinnen und Schüler stark beschäftigen. Darum fordern die Vorstände von AGDF und EAK nachdrücklich, dass in der Auseinandersetzung mit den Krisen in Schulen wie auch in der außerschulischen Jugendarbeit vor allem Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung aufgezeigt werden.

Die Anwendung von Gewalt sei vielfach die Normalität bei Konflikten in der Welt oder in der Gesellschaft. Möglichkeiten gewaltfreien Handelns seien dagegen weniger gut bekannt oder würden ignoriert, kritisieren AGDF und EAK. Dies wäre aber notwendig, betonen sie in der gemeinsamen Erklärung. Dagegen würden Jugendoffiziere in Uniform in den Schulen „eine Normalität von militärischen Interventionen“ vermitteln. Doch Friedensbildung müsse in der Verantwortung von Pädagogen bleiben, betonen die Vorstände der beiden Verbände. Dazu gehöre auch, die Tragweite und die Konsequenzen der Entscheidung für den Soldatenberuf wie auch den Einsatz von Waffen anzusprechen.

Auf deutliche Kritik stößt bei den beiden evangelischen Friedensverbänden der Werbeetat der Bundeswehr von rund 30 Millionen Euro jährlich, mit dem versucht werde, mittels Camps, Sportwettbewerben, Artikeln in Jugendzeitschriften oder Gruppeneinladungen in Kasernen bei jungen Menschen Abenteuerlust und Technikbegeisterung zu wecken. Auch würden sogenannte Karriereetrucks im direkten Umfeld von Schulen mit attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten und sicheren

Arbeitsplätzen werden, betonen AGDF und EAK und schließen sich damit der Kritik des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an. Die Vorstände beider Friedensverbände fordern stattdessen die Bundesregierung auf, auf die Rekrutierung von Minderjährigen zu verzichten.

Bonn, 11. September 2014